

Jüdisches Leben in Deutschland

Erinnerungskultur zwischen Akzeptanz und Antisemitismus

Doron Kiesel

Hat das Erinnern an den Nationalsozialismus und an die Shoah eine Zukunft? Welches sind die Voraussetzungen dafür, dass es eine Zukunft hat? Wie kann diese Zukunft aussehen? Mit diesen Fragen beschäftigen sich die Forschungen zur Erinnerungskultur und Erinnerungspolitik in Deutschland und mit Bezug auf Deutschland schon seit vielen Jahren.¹ In der jüngsten Zeit haben diese Fragen jedoch an Dringlichkeit gewonnen. Grund dafür sind eine Reihe von gleichzeitig stattfindenden Entwicklungen. Am offensichtlichsten ist hier der wachsende zeitliche Abstand: Die Befreiung von Auschwitz und das Ende des Nationalsozialismus liegen inzwischen mehr als 80 Jahre zurück. Vielfach beschrieben wurde in diesem Zusammenhang das »Verschwinden der Zeitzeugen«, also der Umstand, dass von den unmittelbaren Opfern der Verfolgung durch den Nationalsozialismus und den Überlebenden der Shoah inzwischen kaum noch jemand unter uns ist, ebenso wenig wie von den direkten Täterinnen und Tätern, zu denen hier auch ganz bewusst die sogenannten Zuschauerinnen und Zuschauer gezählt werden sollen. Wohl noch wichtiger sind nachhaltige Veränderungen der Gesellschaften, in denen die Erinnerung stattfindet (oder auch nicht). Die Diversifizierung gerade auch der deutschen Gesellschaft vor allem durch Migration ist hier nur ein – wenn auch ein wesentlicher – Aspekt. Dazu

1 Beredtes Zeugnis dafür legen eine Vielzahl von Publikationen ab, die in den vergangenen Jahren unter demselben oder ähnlichen Titeln erschienen sind. Vgl. z.B. Reuveni, Gideon/Franklin, Diana (Hg.): *The Future of the German-Jewish Past. Memory and the Question of Antisemitism*, West Lafayette: Purdue University Press 2021; Hartmann, Geoffrey H./Assmann, Aleida: *Die Zukunft der Erinnerung und der Holocaust*, Konstanz: Konstanz University Press 2012; Benz, Wolfgang/Distel, Barbara (Hg.), »Die Zukunft der Erinnerung«, in: *Dachauer Hefte* 25 (2009); Geiger, Manfred (Hg.): *Die Zukunft der Erinnerung. Eine Wolfsburger Tagung*, Wolfsburg: Volkswagen Aktiengesellschaft, Historische Kommunikation 2008; König, Helmut: *Die Zukunft der Vergangenheit. Der Nationalsozialismus im politischen Bewußtsein der Bundesrepublik*, Frankfurt a.M.: Fischer 2003; Wiegand, Gerd: *Die Zukunft der Vergangenheit. Konservativer Geschichtsdiskurs und kulturelle Hegemonie – vom Historikerstreit zur Walser-Bubis-Debatte*, Köln: PapyRossa 2001; Lang, Berel: *The Future of the Holocaust*, Ithaca: Cornell University Press 1999.

kommen politische Veränderungen durch das Ende des Kalten Krieges, durch neue Konflikte in vielen Teilen der Welt, durch Prozesse der Globalisierung und durch soziale Verwerfungen im Zeichen sich weltweit, aber nicht zuletzt auch in Deutschland verschärfender Interessengegensätze.

Hierzulande spielen auch die Verschiebungen in der staatlichen Erinnerungspolitik eine wichtige Rolle, durch die das Erinnern an den Nationalsozialismus und an die Shoah einerseits zu einem zentralen Element des nationalen Selbstbildes erhoben wurde, gerade dadurch aber andererseits aus dem gesellschaftlichen Bewusstsein immer mehr zu verschwinden scheint. Nicht erst seit der öffentlichen Debatte über die Friedenspreis-Rede Martin Walsers im Jahre 1998, in der die kollektive gesellschaftliche Sehnsucht nach einer Befreiung von der Bedrängnis erinnernder Reflexion über die Shoah exemplarisch zum Ausdruck kam,² ist unübersehbar, wie vieldeutig und schwierig gerade die formalisierten Formen der Erinnerung in der deutschen Gesellschaft ist – eine ständige Gratwanderung zwischen ernsthaftem Gedenken, leerem Ritual, Domestizierung des Bedrängenden aus der Vergangenheit und der Hoffnung auf Entlastung. Es scheint zunehmend schwierig, auf gesellschaftlicher, politischer und persönlicher Ebene das »Primärgefühl der Fassungslosigkeit« zu bewahren, das Saul Friedländer in seinen historischen Reflexionen zum Kriterium einer angemessenen Auseinandersetzung mit den Verbrechen der Jahre der nationalsozialistischen Herrschaft und des Völkermords erhebt.³

Ein weiterer Faktor sind die medialen Veränderungen, insbesondere im Zeichen der sich ständig erneuernden digitalen Technologien, die sowohl die Formen des Erinnerns beeinflussen als auch das kulturelle Umfeld, in dem das Erinnern stattfindet, vor allem aber die Wahrnehmungsstrukturen auf Seiten der Erinnerten selbst. Schließlich, und dies ist möglicherweise der am schwersten wiegende Aspekt, verändert sich das politische Klima in Deutschland und in vielen anderen Ländern derzeit nachhaltig. Im Zuge rechtspopulistischer und nationalistischer Mobilisierungen gewinnen rassistische und antisemitische, und damit auch geschichtsrevisionistische Vorstellungen massiv an Boden, und das nicht nur an den Rändern der Gesellschaft. Die Erinnerung an den Nationalsozialismus und an die Shoah steht angesichts all dieser Entwicklungen heute wohl vor den größten Herausforderungen seit Jahrzehnten.

2 Vgl. Schirrmacher, Frank (Hg.): Die Walser-Bubis-Debatte. Eine Dokumentation, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1999.

3 Friedländer, Saul: »Das Primärgefühl der Fassungslosigkeit bewahren«. Saul Friedländer im Gespräch, in: Saul Friedländer, Den Holocaust beschreiben. Auf dem Weg zu einer integrierten Geschichte (= Vorträge und Kolloquien/Jena-Center Geschichte des 20. Jahrhunderts, Bd. 2), Göttingen: Wallstein 2007, S. 96–120.

Schon vor über 20 Jahren hat der amerikanische Historiker Jay Winter von einem »Memory-Boom« gesprochen, der sich in der Geschichtswissenschaft ausgebreitet habe.⁴ Diese Feststellung lässt sich auch auf andere Disziplinen ausdehnen, die sich mit dem Thema Erinnerung beschäftigen. Tatsächlich ist die Forschung zur Erinnerungskultur und Erinnerungspolitik in Deutschland (ebenso wie in anderen Ländern) kaum mehr überschaubar. Auch wenn immer wieder die Befürchtung geäußert wurde, dass es sich hierbei um eine Modeerscheinung handeln könnte, so bedeutet es doch vor allem, dass die Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften hervorragend darauf vorbereitet sind, sich auch mit den skizzierten Herausforderungen für die Zukunft der Erinnerung auseinanderzusetzen.⁵

Drei für das Thema besonders wichtige Tendenzen gilt es hierbei zu beachten: Erstens die Neubestimmung des Verhältnisses von kulturellem und kommunikativem Gedächtnis und insbesondere die Betonung des privaten Raums und der Familie als Instanzen auch des kulturellen Gedächtnisses; zweitens, und damit zusammenhängend, die Auseinandersetzung um Versuche in der öffentlichen, aber auch in der wissenschaftlichen Debatte, »positive« Erinnerungen an die Zeit des Nationalsozialismus zu rehabilitieren; und drittens die Debatte um eine transnationale bzw. multidirektionale Erinnerung.

Die Unterscheidung zwischen dem »kommunikativen« und dem »kulturellen Gedächtnis«, die zumindest im deutschsprachigen Raum die bis heute einflussreichsten Kategorien der Erinnerungsforschung sind, geht bekanntlich auf die Kulturwissenschaftler:innen Jan und Aleida Assmann zurück.⁶ Während sich das

-
- 4 Winter, Jay: »Die Generation der Erinnerung. Reflexionen über den »Memory-Boom« in der zeithistorischen Forschung«, in: WerkstattGeschichte 30 (2001), S. 5–16. Martin Sabrow, Ralph Jessen und Klaus Große Kracht haben in ähnlichem Sinn einen »public turn« in der Geschichtswissenschaft konstatiert. Sabrow, Martin/Jessen, Ralph/Große Kracht, Klaus: »Einführung. Zeitgeschichte als Streitgeschichte«, in: Martin Sabrow/Ralph Jessen/Klaus Große Kracht (Hg.), Zeitgeschichte als Streitgeschichte. Große Kontroversen seit 1945, München: Beck 2003, S. 9–18, hier S. 15. Maßgeblich befördert wurde dieser Boom durch die Publikation des mehrbändigen Werkes »Les lieux de mémoire« durch den französischen Historiker Pierre Nora. Vgl. Nora, Pierre (Hg.): Les lieux de mémoire (3 Bde.), Paris: Gallimard 1984–1992.
 - 5 Gute Überblicke über die jüngere Forschungsentwicklung bieten u.a. Ertl, Astrid: Kollektives Gedächtnis und Erinnerungskulturen. Eine Einführung, Stuttgart: J.B. Metzler³ 2017, insbes. S. 11–34; Dutceac Segesten, Anamaria/Wüstenberg, Jenny: »Memory Studies. The State of the Field«, in: Memory Studies 10 (2017), S. 474–489; Wolfrum, Edgar: »Erinnerungskultur und Geschichtspolitik als Forschungsfelder. Konzepte – Methoden – Themen«, in: Jan Scheunemann (Hg.), Reformation und Bauernkrieg. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik im geteilten Deutschland, Leipzig: Evangelische Verlagsanstalt 2010, S. 13–47; Thießen, Malte: »Gedächtnisgeschichte. Neue Forschung zur Entstehung und Tradierung von Erinnerung«, in: Archiv für Sozialgeschichte 48 (2008), S. 607–634.
 - 6 Grundlegend: Assmann, Jan: Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen, München: Beck 1992. Weitere wegweisende Veröffentlichungen sind u.a. Assmann, Aleida: Erinnerungsräume. Formen und Wandlungen des kultu-

kommunikative Gedächtnis im unmittelbaren Austausch der Erinnernden untereinander und mit Zeitzeug:innen bildet, also einen direkten biographischen Bezug zum Gegenstand des Erinnerns hat und dabei wenig bis gar nicht formalisiert ist, handelt es sich beim kulturellen Gedächtnis um gefestigte, rituell geformte und zumeist an Institutionen gebundene Formen des Erinnerns, die sich teilweise auf weit zurückliegende Ereignisse beziehen, jedenfalls aber keinen unmittelbaren Erfahrungsbezug dazu haben. Nach dem ursprünglichen Model der Assmanns ist dieses zweite Register des kollektiven Gedächtnisses für die Konstruktion gesellschaftlicher und nationaler Identitäten entscheidend. Hier hat nun die neuere Forschung, gerade auch in Bezug auf die Erinnerung des Nationalsozialismus und der Shoah, ein differenzierteres Bild entwickelt. Demnach spielen Formen des kommunikativen Gedächtnisses eine weitaus größere Rolle für die Entwicklung nationaler Erinnerungskulturen als dies zuvor angenommen wurde. Insbesondere in Familien und anderen privaten Erinnerungsgemeinschaften bildet sich ein kollektives Gedächtnis, und dies kann durchaus auch über mehrere Generationen tradiert werden, selbst dann, wenn es keine direkten Zeitzeug:innen mehr gibt.⁷ Auch auf lokaler Ebene wurden und werden entscheidende Weichen für die Ausgestaltung und die politische Orientierung der nationalen Erinnerungskultur gestellt, wodurch die klare Trennung zwischen kommunikativem und kulturellem Gedächtnis infrage gestellt wird.⁸ Damit eröffnen sich eine Vielzahl neuer Perspektiven für eine Erinnerungsforschung, die sich nicht auf die Analyse der offiziellen Gedenkpoltik beschränkt und damit auch der Tendenz zur Memorialisierung der Erinnerung an Nationalsozialismus und Shoah etwas entgegensetzen kann.

Eine solche Erweiterung ermöglicht es auch, neue affirmative Tendenzen in der Erinnerungskultur aufzuspüren und zu analysieren, die sich häufig auf derselben

rellen Gedächtnisses, München: Beck 1999; Assmann, Aleida: *Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik*, München: Beck 2006.

7 Vgl. dazu u.a. Domansky, Elisabeth/Welzer, Harald (Hg.): *Eine offene Geschichte. Zur kommunikativen Tradierung der nationalsozialistischen Vergangenheit*, Tübingen: Edition Diskord 1999; Welzer, Harald (Hg.): *Das soziale Gedächtnis. Geschichte, Erinnerung, Tradierung*, Hamburg: Hamburger Edition 2001; Welzer, Harald, *Das kommunikative Gedächtnis. Eine Theorie der Erinnerung*, München: Beck 2002; Moller, Sabine: *Vielfache Vergangenheit. Öffentliche Erinnerungskulturen und Familienerinnerungen an die NS-Zeit in Ostdeutschland*, Tübingen: Edition Diskord 2003; Reiter, Margit: *Die Generation danach. Der Nationalsozialismus im Familiengedächtnis*, Innsbruck: Studien-Verlag 2006; Welzer, Harald (Hg.), *Der Krieg der Erinnerung. Holocaust, Kollaboration und Widerstand im europäischen Gedächtnis*, Frankfurt a.M.: Fischer 2007.

8 Vgl. z.B. Knoch, Habbo (Hg.): *Das Erbe der Provinz. Heimatkultur und Geschichtspolitik nach 1945*, Göttingen: Wallstein 2001; Süß, Dietmar (Hg.), *Deutschland im Luftkrieg. Geschichte und Erinnerung*, München: Oldenbourg 2007; Thießen, Malte: *Eingebrannt ins Gedächtnis. Hamburgs Gedenken an Luftkrieg und Kriegsende 1943 bis 2005*, München/Hamburg: Dölling und Galitz 2007.

Ebene bewegen. Wegweisend hierfür war die Studie »Opa war kein Nazi«, die im Jahr 2002 vorgelegt wurde und die Ergebnisse des von Harald Welzer geleiteten Forschungsprojekts »Tradierung von Geschichtsbewusstsein« präsentierte.⁹ Welzer und seine Mitautorinnen zeigten darin nicht nur, dass die familiäre Erinnerung an den Nationalsozialismus von den nachfolgenden Generationen aktiv mitgestaltet und gedeutet wurde, sondern dass dies in vielen Fällen auch mit einer Entlastung, Idealisierung oder gar Parallelisierung der Täter- mit der Opfererfahrung verbunden war, und dass teilweise selbst rassistische und antisemitische Stereotype von »den Russen« oder »den Juden« generationsübergreifend tradiert werden. Ein wichtiger und nicht weniger besorgniserregender allgemeiner Befund der Studie ist es, dass emotionale Vorstellungen über die Vergangenheit mindestens genauso großen Einfluss auf die Erinnerungskultur haben wie das in Schule, Universität oder politischer Bildung erlernte Geschichtswissen und dieses auch durchaus überlagern können. Diese weit reichenden Schlussfolgerungen stießen auch auf Kritik,¹⁰ aber sie korrespondieren doch mit den gerade in den 2000er Jahren florierenden Diskursen über deutsche Opfer des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkriegs und mit den Befunden der jüngeren Forschung zu den lokalen Erinnerungskulturen.¹¹ Sie zeigen jedenfalls, dass von einer kritischen »Aufarbeitung« oder gar »Bewältigung« der nationalsozialistischen Vergangenheit zumindest auf privater und gesellschaftlicher Ebene gerade auch dann nicht gesprochen werden kann, wenn diese zur Staatsraison und zum nationalen Alleinstellungsmerkmal erhoben wird.

Dabei stellt sich die Frage, ob es überhaupt noch so etwas wie eine nationale Erinnerungskultur geben kann. Gerade im deutschen Fall ist diese Frage von erheblicher Brisanz, da sie einerseits die mühselig erkämpfte Einsicht in die Singularität des von den Deutschen während des Nationalsozialismus verübten Verbrechens an den Juden infrage zu stellen scheint, andererseits zeigt, dass auch im Kontext von Erinnerungspolitik und Erinnerungskultur die Einsicht schwer fällt, dass Deutschland ein Einwanderungsland mit einer kulturell höchst heterogenen Gesellschaft

9 Welzer, Harald/Moller, Sabine/Tschuggnall, Karoline: »Opa war kein Nazi«. Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis, Frankfurt a.M.: Fischer 2002. Vgl. auch schon Welzer, Harald/Montau, Robert/Platz, Christine: »Was wir für böse Menschen sind!« Der Nationalsozialismus im Gespräch zwischen den Generationen, Tübingen: Edition Diskord 1997.

10 Vgl. z.B. Von Plato, Alexander: »Wo sind die ungläubigen Kinder geblieben? Kritik einiger Thesen des Projekts »Tradierung von Geschichtsbewusstsein«, in: WerkstattGeschichte 30 (2001), S. 64–68.

11 Vgl. u.a. Niven, Bill (Hg.): Germans as Victims. Remembering the Past in Contemporary Germany, Houndmills u.a.: Palgrave Macmillan 2006; Schmitz, Helmut (Hg.): A Nation of Victims? Representations of Wartime Suffering from 1945 to the Present, Amsterdam/New York: Rodopi 2007; Taberner, Stuart (Hg.): Germans as Victims in the Literary Fiction of the Berlin Republic, Rochester u.a.: Camden House 2009; sowie die in Anm. 17 zitierte Literatur.

ist. In der erinnerungskulturellen Forschung schließen sich daran zwei miteinander verknüpfte Debatten an. In der einen geht es um die Universalisierbarkeit und die tatsächliche Globalisierung der Erinnerung an die Shoah.¹² Inwiefern kann oder muss diese Erinnerung sogar in Zeiten globaler Migration und Kommunikation eine transnationale sein, die selbst in denjenigen Gesellschaft und Gesellschaftsteilen Relevanz besitzt, die nicht unmittelbar mit dem Nationalsozialismus und der Shoah in Berührung gekommen sind? Inwiefern kann es, darf es oder muss es so etwas wie eine Universalisierung der Erinnerung geben? Umgekehrt muss auch innerhalb Deutschlands die Bedeutung dieser Erinnerung neu bestimmt werden. In den letzten Jahren haben eine Reihe von Studien die Rolle von Nationalsozialismus und Shoah für das Geschichtsbewusstsein und das Selbstverständnis von Migrant:innen und deren Nachfahren untersucht.¹³ Die Befürchtung, dass in einer Einwanderungsgesellschaft die Erinnerung an Nationalsozialismus und Shoah verblassen müsse oder von anderen Erinnerungen, etwa an die Verbrechen des Kolonialismus, überlagert und verdrängt würde, wurde darin nur teilweise bestätigt. Tatsächlich scheinen sich auch neue Anknüpfungspunkte zu ergeben, mit denen die Erinnerung an Nationalsozialismus und Shoah lebendig gehalten werden kann. Dies leitet direkt über zur zweiten Debatte, in der es darum geht, ob es eine »multidirektionale Erinnerung« geben kann, die verschiedene Erfahrungen zusammenführt, ohne sie gleichzusetzen oder gegeneinander auszuspielen. Michael Rothberg hat in seiner und viel diskutierten gleichnamigen Studie eine Reihe von historischen Beispielen analysiert, in denen sich die Erinnerung an die Shoah und die Erinnerung an den Kolonialismus tatsächlich gegenseitig bestärkt und inspiriert haben und daraus die These abgeleitet, dass dies auch in der Gegenwart und Zukunft möglich sei.¹⁴ Sei-

12 Vgl. z.B. Levy, Daniel/Sznajder, Natan: Erinnerung im globalen Zeitalter. Der Holocaust, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 2007; Eckel, Jan/Moisel, Claudia (Hg.): Universalisierung des Holocaust? Erinnerungskultur und Geschichtspolitik in internationaler Perspektive, Göttingen: Wallstein 2008; Eder, Jacob S./Gassert, Philipp/Steinweis, Alan E. (Hg.): Holocaust memory in a Globalizing World, Göttingen: Wallstein 2017; Bosshard, Marco Thomas/Patrut, Iulia-Karin (Hg.): Globalisierte Erinnerungskultur. Darstellung von Nationalsozialismus, Holocaust und Exil in peripheren Literaturen, Bielefeld 2020.

13 Vgl. z.B. Georgi, Viola B.: Entliehene Erinnerung. Geschichtsbilder junger Migranten in Deutschland, Hamburg 2003; Sternfeld, Nora: Kontaktzonen der Geschichtsvermittlung. Transnationales Lernen über den Holocaust in der postnazistischen Migrationsgesellschaft, Wien: Zaglossus 2013; Knigge, Volkhard/Steinbacher, Sybille (Hg.): Geschichte von gestern für Deutsche von morgen? Die Erfahrung des Nationalsozialismus und historisch-politisches Lernen in der (Post-)Migrationsgesellschaft, Göttingen: Wallstein 2019.

14 Vgl. Rothberg, Michael: Multidirectional Memory. Remembering the Holocaust in the Age of Decolonization, Stanford: Stanford University Press 2009. Vgl. auch Cheyette, Bryan: Diasporas of the Mind. Jewish and Postcolonial Writing and the Nightmare of History, New Haven: Yale University Press 2014. Für eine Kritik dieses Ansatzes vgl. Diner, Dan: Gegenläufige Gedächtnisse. Über Geltung und Wirkung des Holocaust, Göttingen: Vandenhoeck & Ru-

ne These ist in vielfache Hinsicht kritisiert und problematisiert worden, da sie nicht nur die Singularität der Shoah in Frage stellt, sondern die je spezifischen Bedingungen von Genoziden ignoriert. Fest steht jedoch, dass sich die Forschung zu Erinnerungskultur und Erinnerungspolitik diesen gesellschaftlichen Diskursen stellen muss, wenn sie weiterhin relevante Ergebnisse hervorbringen möchte.

Nicht immer genügend Augenmerk wird in dieser Debatte allerdings auf die Tatsache gelegt, dass das heutige Deutschland nicht nur ein Einwanderungsland ist, sondern dass es inzwischen auch wieder eine umfangreiche jüdische Gemeinschaft in Deutschland gibt, zu der neben vielen Immigranten aus der ehemaligen Sowjetunion auch eine beträchtliche Zahl an Israelis zählen. Die Bedeutung dieser heterogenen Bevölkerungsgruppe für die Zukunft der Erinnerung ist bislang noch kaum zum Gegenstand der Forschung geworden.¹⁵ Die Notwendigkeit, Erinnerung als einen transnationalen und transkulturellen Prozess zu begreifen, wird hier besonders deutlich.

1 Die jüdische Gemeinschaft in Deutschland

Befragt nach dem Gefühl der Zugehörigkeit, dürften sich viele der hiezulande lebenden Jüdinnen und Juden in Deutschland als Teil der hiesigen Gesellschaft verorten.¹⁶ Vergleiche mit anderen europäischen Staaten wie Frankreich oder Ungarn lassen erkennen, dass sich die in Deutschland lebenden Juden nicht ernsthaft mit dem Gedanken tragen, aus der Bundesrepublik auszuwandern. Eigentlich eine erfreuliche Bestandsaufnahme im Jahre 80 nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der Shoah. Und dennoch werden Risse in der Fassade des gemeinsamen deutsch-jüdischen Gebäudes sichtbar: Mit dem zunehmenden zeitlichen Abstand zum Nationalsozialismus und dem Verblassen der Erinnerung nehmen Geschichtskonstruktionen, Verzerrungen oder Leugnungen der historischen Geschehnisse immer häufiger zu. Subtile antisemitische Einstellungen werden überlagert durch zunehmend

precht 2007; Klävers, Steffen: Decolonizing Auschwitz. Komparativ-postkoloniale Ansätze in der Holocaustforschung, Berlin: De Gruyter 2017.

- 15 Wichtige Ausnahmen sind: Fireberg, Haim/Glöckner, Olaf (Hg.): Being Jewish in 21st Century Germany, Berlin: De Gruyter 2015; Belkin, Dimitrij/Hensch, Lara/Lezzi, Eva (Hg.): Neues Judentum – alte Erinnerung? Zeiträume des Gedenkens, Berlin: Hentrich & Hentrich 2017.
- 16 Vgl. Ben-Rafael, Eliezer/Sternberg, Yitzhak/Glöckner, Olaf: Juden und jüdische Bildung im heutigen Deutschland. Studie im Auftrag des L.A. Pincus Funds for Jewish Education in the Diaspora, 2010, <https://archive.jpr.org.uk/object-ger188>; Bislang gibt es nur wenige Studien zum subjektiven Erleben und Wahrnehmen von Antisemitismus. Die Umfrage des zweiten Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus des Deutschen Bundestages im Jahr 2017 konstatiert allerdings eine subjektiv empfundene Zunahme an Antisemitismus und ein steigendes Gefühl der Bedrohung.

offen vorgetragene jüden- und israelfeindliche Positionen. In umliegenden europäischen Ländern gewinnen rechtspopulistische Parteien an Einfluss und in mehreren osteuropäischen Staaten geben nationalistische und unverhohlen antisemitisch argumentierende Regierungen die politische Richtung an. In Deutschland hat sich die Wählerschaft einer rechtspopulistischen, fremdenfeindlichen Partei auf circa fünf- und zwanzig Prozent eingependelt und entspricht in ihrem Umfang somit der in Umfragen ermittelten Größenordnung völkisch-antisemitischer Einstellungen innerhalb der Bevölkerung.

An dieser Stelle erscheint es sinnvoll, die Entwicklung der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland nach 1945 zu rekapitulieren. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und dem Zivilisationsbruch der Shoah war es unvorstellbar, dass Juden jemals wieder in Deutschland leben würden. Nach ihrer Befreiung aus den Konzentrationslagern durch Truppen der alliierten Streitkräfte wurden die jüdischen Überlebenden auf mehrere DP-Camps verteilt, Auffanglager für sogenannte Displaced Persons, die auf dem Boden der westdeutschen Besatzungszonen errichtet worden waren. Sie sollten nur vorübergehend im Land der Täter verweilen, um dann in einen der sie aufnehmenden Staaten auszureisen. Die meisten von ihnen waren buchstäblich dem Tod entronnen, erschöpft, krank, von den Qualen in den Lagern gezeichnet und – nach allem, was sie selbst erlebt hatten oder mit ansehen mussten – schwer traumatisiert. Diese Auffanglager, die ihnen vorübergehend Schutz und die Ahnung eines Neuanfangs vermittelten, wurden in den 1950er Jahren wieder geschlossen, nachdem die meisten ihrer Bewohner ausgereist waren. Eine kleine Gruppe von circa 15.000 meist aus Osteuropa stammenden Überlebenden war jedoch aus vornehmlich verfolgungsbedingten, gesundheitlichen Gründen nicht in der Lage oder willens, an einem dritten Ort einen Neuanfang zu wagen. Diese zumeist in den größeren Städten der jungen Bundesrepublik ansässigen jüdischen Überlebenden sollten den Grundstock der Nachkriegsgemeinden bilden. Sie lebten mitten unter den Tätern und führten ein Schattendasein in einer Gesellschaft, in der sie quantitativ keine relevante Größe repräsentierten und eigene Bewältigungsstrategien in einem ihnen unvertrauten und zum Teil feindlich gesinnten Umfeld entwickeln mussten. Zugleich wurden sie von jüdischen Organisationen heftig attackiert, weil sie sich in einem Land niedergelassen hatten, das weltweit wegen seiner Verbrechen diskreditiert und in der jüdischen Welt als Ort des Schreckens und des staatlich verfügten Terrors verrufen war.

Die kleine jüdische Gemeinschaft wuchs bis Ende der 1980er Jahre auf rund 30.000 Mitglieder an. Die Kinder der Überlebenden wuchsen in einem Land auf, zu dem sie äußerst ambivalente Beziehungen entwickelten. Sie wussten um die traumatischen Erfahrungen ihrer Eltern, die ihnen nicht selten suggerierten, dass es für Juden in Deutschland keine Zukunft gäbe, obwohl sie selbst dageblieben waren. In dieser zweiten Generation wuchs zugleich die Erkenntnis, dass die politische Klasse der Bundesrepublik die Auseinandersetzung mit der jüngsten

deutschen Geschichte als herausragenden Aspekt der politischen Kultur verstand und das Ziel verfolgte, eine stabile liberale Demokratie im Rahmen verlässlicher politischer Strukturen zu etablieren. Die Bereitschaft, die Bundesrepublik als eigenen Lebensmittelpunkt zu akzeptieren und sich mit ihrem politischen System zu identifizieren, führte schließlich auch dazu, dass immer mehr jüdische Gemeinden aus ihrem Schattendasein an die Öffentlichkeit traten. Jüdische Gemeindezentren wurden ebenso gegründet wie jüdische Schulen und Kindergärten. Der Wiederaufbau von Synagogen, die Eröffnung jüdischer Museen und schließlich die Gründung der Hochschule für Jüdische Studien in Heidelberg waren sowohl Ausdruck des wieder erstarkenden Selbstbewusstseins der Mitglieder jüdischer Gemeinden als auch von deren Bereitschaft, an verschüttete jüdische Traditionen anzuknüpfen und sich an öffentlichen Debatten zu beteiligen.

Die Perestroika und die anschließende Auflösung des Warschauer Paktes führten zu einer Massenauswanderung russischsprachiger Juden aus der ehemaligen Sowjetunion. Die meisten Juden wanderten nach Israel aus. Rund 200.000 Juden entschieden sich, nach Deutschland zu immigrieren, nachdem die Bundesregierung ihr Interesse erklärte, jüdischen Einwander:innen aus den GUS-Staaten die Möglichkeit einzuräumen, sich in Deutschland niederzulassen. Über die Hälfte der Eingewanderten entschied sich für die Mitgliedschaft in einer der rund hundert bereits bestehenden oder neu gegründeten jüdischen Gemeinden. Mancherorts gründeten die Eingewanderten selbst neue jüdische Institutionen, insbesondere in den neuen Bundesländern.

Mit der russischsprachigen jüdischen Zuwanderung verdreifachte sich die Zahl der Gemeindemitglieder in Deutschland innerhalb weniger Jahre. Die jüdische Stimme nahm an Bedeutung zu, und allen Prognosen und Warnungen zum Trotz wuchs die jüdische Gemeinschaft in Deutschland stark an und ist heute nach England und Frankreich die drittgrößte in Europa. Befragt nach ihrem Integrationsverlauf, betonen die meisten überwiegend jüngeren Einwander:innen – also die Angehörigen der zweiten Generation der russischsprachigen Juden –, dass sie ihre Zukunft in Deutschland mit seinen demokratischen Spielregeln sehen und sich aktiv am gesellschaftlichen Leben beteiligen möchten. Für viele, die in der Sowjetunion keine Möglichkeit hatten, ihr Judentum zu leben, war die jüdische Gemeinschaft in Deutschland eine Möglichkeit, einen Zugang zur jüdischen Identität zu finden. Viele von ihnen konnten nach Jahrzehnten aufgezwungener Identitätsverdrängung sich den Wunsch nach gemeinschaftlicher Zugehörigkeit und kultureller Anerkennung endlich erfüllen.

Bis vor wenigen Jahren hatten die meisten in der Bundesrepublik lebenden Juden keinen Zweifel daran gelassen, dass sie sich zwar als Minderheit, aber zugleich als Teil der politisch stabilen, demokratischen deutschen Gesellschaft sehen. Während in anderen europäischen Staaten antisemitische Stimmungen, politische Bewegungen oder Parteien auf wachsende Zustimmung stießen, schien Deutschland

von diesem »Phänomen« verschont zu bleiben. Die systematische historisch-politische Bildung zum Nationalsozialismus schien gefruchtet und das Land der Täter sich in ein Bollwerk der Demokratie verwandelt zu haben.

Selbstverständlich wussten und wissen in Deutschland lebende Juden, wie dünn das Eis der Erkenntnis ist. Schon früh spürten sie, dass die offizielle Aufarbeitung des Nationalsozialismus und der Shoah kein Garant für die vorurteilsfreie Haltung gegenüber Juden ist. Der Antisemitismus war nach dem Ende des Nationalsozialismus nicht verschwunden. Nicht nur subtile Vorbehalte, auch tief verinnerlichte Aggressionen wie die Täter-Opfer-Umkehr prägen die Wahrnehmung der nichtjüdischen Mehrheit gegenüber Juden. Das äußerte sich immer wieder in öffentlichen Entgleisungen, offen oder anonym geäußerten Hetzreden, Schändungen jüdischer Grabsteine und sogar vereinzelt Übergriffen. Ebenso werden in den Medien, an Schulen oder Hochschulen israelkritische Positionen vertreten, die zugleich antisemitische Ressentiments transportieren. In Deutschland lebende Juden werden hierbei für die politischen Verhältnisse im Nahen Osten verantwortlich gemacht, und die Verbrechen der Nationalsozialisten werden dadurch relativiert, dass die Situation der Palästinenser entkontextualisiert und mit jener der Juden in Nazi-Deutschland gleichgestellt wurde. Spätestens an dieser Stelle wird deutlich, dass die Angriffe gegen Israel der Schuld- und Erinnerungsabwehr dienen und von einer differenzierten Auseinandersetzung mit dem israelisch-arabischen Konflikt weit entfernt sind.

Nichtsdestotrotz hatte sich das Verhältnis zwischen Angehörigen der jüdischen Gemeinschaft und den nichtjüdischen Deutschen in den vergangenen Jahrzehnten stabilisiert. Jüdische Intellektuelle, Schriftsteller:innen, Wissenschaftler:innen und Künstler:innen genießen ein hohes gesellschaftliches Ansehen und Wertschätzung, jüdische Institutionen erfahren einen hohen Grad an Aufmerksamkeit. Aber wie in all den Jahren davor lässt sich eine Gleichzeitigkeit beobachten: Während sich die gesellschaftlichen und kulturellen Beziehungen weiterentwickeln, kommt es immer wieder zu Bruchstellen, zu antisemitisch aufgeladenen öffentlichen Debatten – man denke an das Günter-Grass-Gedicht, die Beschneidungsdebatte oder an die antisemitischen Übergriffe an Schulen. Auch die öffentliche Reaktion auf den Gaza-Krieg ist von hasserfüllten Attacken gegen Juden und Israel gekennzeichnet. Mit dem Auftauchen der rechtspopulistischen AfD in der politischen Landschaft auf der einen Seite und auf der anderen der Zuwanderung von über einer Million überwiegend muslimischer Geflüchteter, darunter solcher, die aus Staaten kommen, die sich mit Israel faktisch im Kriegszustand befinden, stellt sich für viele Jüdinnen und Juden die Frage, ob sie weiterhin davon ausgehen können, dass sie in diesem Land wirklich erwünscht sind. Erinnerungen werden wach und scheinbar überwunden geglaubte Ängste drängen sich wieder ins Bewusstsein.

2 Der gegenwärtige Antisemitismus

Der gegenwärtige Antisemitismus ist eine »vertraute« Projektionsfläche, ein Syndrom der Auf- und Abwertung, das auch in der Mitte der Gesellschaft tief verankert ist. Die im Antisemitismus fest eingeschriebenen Bilder und Mythen stellen den Kern antisemitischer Konstruktionen dar.¹⁷ Diese Bilder sind historisch überliefert und entstammen einer jahrhundertealten Tradition, die von Generation zu Generation weitergegeben wurde und Juden als »Andere« und »Fremde« konstruiert. Was daraus resultiert, ist die Wahrnehmung des »Jüdischen« als etwas, das immer noch auf dem binären Unterscheidungsprinzip zwischen dem Eigenen und dem Fremden basiert und scheinbar unüberwindbare Gruppengrenzen festlegt. Die Phantasie von einem jüdischen Kollektiv lässt die Unterscheidung zwischen »uns« und »den« Juden kraftvoll nachwirken. Demnach werden Juden als ein in sich homogenes, monolithisches Kollektiv wahrgenommen und mit stereotypen Merkmalen – Eigenschaften, Verhaltensweisen, ja Absichten – belegt. Dabei geht es auch um eine affektbezogene und durch Vorurteile begründete Abneigung gegen alles »Jüdische« als eine gruppenbezogene Aversion, die sich nicht auf wirkliche Erfahrungen stützt und so gesehen ein überindividuelles, psychohistorisches Konzept darstellt.¹⁸ Diese Art der Wahrnehmung von Juden und Jüdischem – die sogenannte Idiosynkrasie – ist im kollektiven Bewusstsein von Großgruppen wie auch in einigen individuellen Einstellungskonzepten der Einzelnen fest verankert und existiert auch ohne jüdische Präsenz oder »jüdisches Verhalten«.¹⁹

Antisemitische Ressentiments bleiben über die Jahre stabil und sind in ihrem Gehalt außerordentlich konsistent. Sie wirken emotionsevozierend, stärken den Identitätserhalt und fördern gesellschaftliche Gruppenbildungsprozesse. Sie verfügen über eine stark legitimierende Macht und unterliegen einer besonderen Dynamik, welche die klassischen Motive übernimmt, aber gleichzeitig für neue Rationalisierungen, Projektionen und Verschiebungen anfällig bleibt. Solch diffuse und affektgeladene Ressentiments zeigen sich nicht immer offen oder beabsichtigt. Aber auch ein unbeabsichtigtes antisemitisches Sprechen kann antisemitisch konnotiert sein und eine verheerende Wirkung entfalten. Demgegenüber stehen manifeste – ideologisch geformte – Einstellungen, die eine bewusste Auffassung widerspiegeln und gezielt zum Ausdruck gebracht werden. Einstellungen müssen nicht zwingend zu Handlungen führen, aber die Gesinnung zieht fast immer die

17 Vgl. Kiesel, Doron/Eppenstein, Thomas (Hg.): »Du Jude«. Antisemitismusstudien und ihre pädagogischen Konsequenzen, Leipzig/Berlin: Hentrich & Hentrich 2020.

18 Vgl. Bundschuh, Stephan: »Eine Pädagogik gegen Antisemitismus«, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 31 (2007), S. 32–38.

19 Vgl. ebd.

eine oder andere Artikulationsform nach sich. Antisemitische Ressentiments weisen gegenüber anderen gruppenbezogenen Ressentiments zudem Besonderheiten auf. Im Antisemitismus geht es vor allem um die Stereotypisierung der jüdischen »Gruppe« und die Zuschreibung von Allmachtsphantasien. Außerdem wird sie mit gegensätzlichen Zuweisungen versehen: »arm« oder »reich«, »elitär« oder »minderwertig«, »kapitalistisch« oder »kommunistisch«.²⁰ Weitergehende Äußerungen antisemitischer Einstellungen können darüber hinaus Einfluss auf die Ebene der Handlungen nehmen und etwa in der direkten Forderung nach einer Benachteiligung von Juden und letztlich im Absprechen der Bürger- und Menschenrechte münden. Gehen solche Auffassungen in konkrete Handlungen über, handelt es sich um Formen eines gewalttätigen Antisemitismus, der sich in Angriffen auf Einrichtungen und Personen zeigt und in seiner letzten Konsequenz zur systematischen Verfolgung und Ermordung führen kann.

Wie sehen Jüdinnen und Juden das Problem des aktuellen Antisemitismus? Was sind ihre Wahrnehmungen, Einschätzungen und Bewältigungsstrategien in der alltäglichen Konfrontation mit Antisemitismus? Wo finden diese Konfrontationen statt und was bedeuten sie für das jüdische Leben in Deutschland vor dem Hintergrund der nationalsozialistischen Verfolgung und der damit verbundenen Folgewirkungen? Dies kann sich beispielsweise so artikulieren: »Wenn man zugibt, jüdisch zu sein, verändert sich die Sicht der anderen Person Also entweder wird man besser behandelt oder schlechter oder man wird skeptisch behandelt, aber *irgendwas wird sich definitiv verändern*, und das möchte ich nicht.«²¹ Antisemitismus zu erfahren, bedeutet nicht nur, mit Vorurteilen konfrontiert zu sein, sondern auch mit alltäglichen Aggressionen, Herabwürdigungen und Exotisierungen, die nicht nur vom Einzelnen unmittelbar, sondern auch indirekt über Familie, öffentliche Diskurse und antisemitische Vorfälle erlebt werden.

Antisemitische Erfahrungen stehen in Deutschland genuin in einem engen Zusammenhang mit den Folgen der nationalsozialistischen Verfolgung und Ermordung der Juden in Europa. Traumatische (transgenerationale) Erfahrungen, die aufgrund ihres extremen Ausmaßes und der ausbleibenden Solidarität der nichtjüdischen Bevölkerung nicht verarbeitet werden konnten, bleiben nicht nur für direkt Betroffene, sondern auch für die nachfolgenden Generationen eine spürbare Belastung. Darüber hinaus ist der Antisemitismus nicht nur auf individueller Ebe-

20 Vgl. Bundesministerium des Innern (Hg.): Antisemitismus in Deutschland – aktuelle Entwicklungen. Zweiter Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus, Berlin 2017, insb. S. 23–28, http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/t_hemen/heimat-integration/expertenkreis-antisemitismus/expertenbericht-antisemitismus-in-deutschland.html

21 Chernivsky, Marina: »Interview mit Studierenden. Jüdische Perspektiven auf Antisemitismus«, in: Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e.V. (Hg.), Antisemitismus und Empowerment. Perspektiven, Ansätze und Projektideen, Frankfurt a.M. 2015, S. 26–31.

ne in Form von direkten Abwertungen und Übergriffen virulent, sondern auch als Bestandteil gesellschaftlicher Strukturen. Das äußert sich in Diskursen, Debatten oder auch über normative Identitäts- und Rollenzuweisungen. Das bedeutet, dass der Antisemitismus auf der individuellen Ebene wirkt (z.B. in Form von direkten Abwertungen und Übergriffen) und gleichzeitig auf institutioneller, struktureller und diskursiver Ebene zu finden ist (z.B. als symbolische Diskriminierung durch Diskurse, in Form von Regelungen, die jüdisches Leben in Deutschland ignorieren oder erschweren).²² Dazu gehören die immer wieder aufkommenden Forderungen, die gesetzlich geregelte Beschneidung jüdischer Jungen zu untersagen oder das entsprechend der jüdischen Speisegesetze praktizierte Schächten von Tieren zu verbieten. Strukturelle Formen von Diskriminierung äußern sich nicht zuletzt auch in rechtlichen Fragen, der gewährten Sicherheit und dem gebotenen Schutz, die eine Minderheit erfährt.²³

Vieles davon bleibt jedoch für die nichtjüdische Mehrheitsgesellschaft weitgehend unsichtbar. Der Umgang damit ist in der Gesellschaft immer noch mit Ambivalenzen verbunden und von Abwehr- sowie Distanzierungspraktiken geprägt. Die Thematisierung von Antisemitismus geht daher mit Abwehrmechanismen einher, und die Sicht der Betroffenen wird tendenziell ausgeblendet.²⁴ Es gibt auch erstaunlich wenig Kenntnis darüber, wie jüdische Menschen den gegenwärtigen Antisemitismus wahrnehmen, erleben und bewältigen. Im deutschsprachigen Raum existiert eine Reihe aussagekräftiger empirischer Studien zu antisemitischen Einstellungen. Der überwiegende Teil von ihnen folgt jedoch kognitiven Ansätzen, das heißt, es werden vor allem Stereotype und verbalisierte Vorurteile untersucht, während emotionale Aspekte und die Zusammenhänge zwischen kognitiven und affektiven Anteilen antisemitischer Kommunikation und Praxis (noch) nicht ausreichend erforscht sind.²⁵ Ähnlich sieht es bei der Erforschung der Betroffenenperspektive aus. Das Verständnis von Antisemitismus ist also maßgeblich durch die historische Perspektive und die Einstellungsforschung geprägt. Darin spielten die Erfahrungen derjenigen, die von Antisemitismus betroffen sind, eher eine untergeordnete Rolle. Ihre Differenzrealitäten, Perspektiven und Bedürfnisse werden nicht expli-

22 Vgl. Antisemitismus in Deutschland – aktuelle Entwicklungen, S. 91–115.

23 In einer repräsentativen Umfrage von 2006 verneinte noch ein Viertel der Befragten, dass Juden die gleichen Rechte wie die Mehrheitsgesellschaft haben sollten. Vgl. Bergmann, Werner: Zur Entwicklung antisemitischer Einstellungen in der Bevölkerung. Vortrag zu Ergebnissen der Einstellungsforschung zum »Antisemitismus in Deutschland«. Expertenkreis Antisemitismus beim BMI, 15. Februar 2010; aktualisierte Fassung von Juni 2011, S. 6, bagkr.de/wp-content/uploads/2018/07/bergmann_AS-in-Deutschland.pdf

24 Vgl. Antisemitismus in Deutschland – aktuelle Entwicklungen, S. 91–115.

25 Vgl. Jensen, Uffa/Schüler-Springorum, Stefanie: »Antisemitismus und Emotionen«, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 28–30 (2014), S. 17–24.

zit gemacht und verbleiben bis heute häufig außerhalb der hiesigen Debatten um gesellschaftliche Ausgrenzung und Diskriminierung.

Die vom zweiten Unabhängigen Expertenkreis Antisemitismus (UEA) in Auftrag gegebene Studie zu jüdischen Perspektiven auf Antisemitismus hat diese Leerstelle gefüllt.²⁶ Befragt wurden mittels einer Onlinebefragung über 500 Personen zu ihren Erfahrungen mit sowie Deutungen von Antisemitismus, was durch eine weitere qualitative Untersuchung einen tiefen Einblick in ihre Wahrnehmungen, Belastungen und Bewältigungsstrategien ermöglicht. 76 Prozent der 553 Befragten halten den Antisemitismus für ein eher bzw. sehr großes Problem, 78 Prozent meinen, der Antisemitismus habe in den letzten fünf Jahren etwas bzw. stark zugenommen. Die Spannweite ihrer Erfahrungen reicht von subtilen Formen bis hin zu verbalen Beleidigungen und physischer Gewalt. Dabei geht es nicht zwingend um direkte, sondern auch ungerichtete, nicht direkt auf Personen bezogene (symbolische sowie diskursive) Erfahrungen im Internet, auf Demonstrationen, in der Schule, am Arbeitsplatz. Als Täter wurden von den Betroffenen überproportional häufig muslimische Personen genannt, daneben aber auch links und rechts Orientierte und gerade bei den versteckten Andeutungen auch Personen aus der Mehrheitsgesellschaft. Besonders der sekundäre Antisemitismus, der sich zwischen den Zeilen und eher als Andeutung äußert, stellt das subjektive Empfinden von Normalität und Zugehörigkeit in Frage und verstärkt die Wahrnehmung von Juden als »Nichtzugehörige«. Schon diese wenigen Diskurslinien vermitteln einen Eindruck von der Perspektivendivergenz, die mögliche Annäherungsprozesse zwischen der nichtjüdischen Mehrheitsgesellschaft und der jüdischen Gemeinschaft erheblich beeinflusst.

Zudem ist mit Blick auf die Geflüchteten aus Ländern des Nahen Ostens die Sorge groß, sie könnten den in ihren Ländern verbreiteten Antisemitismus mitbringen. Der Großteil der Befragten empfindet den Alltagsantisemitismus, der sie buchstäblich umgibt, als belastend. Es besteht ein hohes Ausmaß an Verunsicherung und Angst vor Übergriffen. Das zieht Vorsichtsmaßnahmen nach sich: Bestimmte Orte werden gemieden, jüdische Symbole versteckt, jüdische Zugehörigkeit verschwiegen. Zugleich wählen nur recht wenige Befragte den Weg, konkrete Vorfälle zu melden, noch weniger lassen sich beraten. Das Dunkelfeld der nicht angezeigten auch gravierenden Vorfälle dürfte daher hoch sein.

26 Mit der Studie zu jüdischen Perspektiven auf Antisemitismus beauftragte der Unabhängige Expertenkreis das Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld unter Leitung von Prof. Dr. Andreas Zick. Die qualitative Studie wurde von Prof. Dr. Julia Bernstein umgesetzt. Die Stichprobe umfasste eine Onlinebefragung und eine qualitative Befragung. Die Daten der Onlinebefragung basieren auf 553 vollständig ausgefüllten Fragebögen. Vgl. Antisemitismus in Deutschland – aktuelle Entwicklungen, S. 91–115; Bernstein, Julia/Hövermann, Andreas/Jensen, Silke/Zick, Andreas: Jüdische Perspektiven auf Antisemitismus in Deutschland. Ein Studienbericht für den Expertenrat Antisemitismus, April 2017, http://www.uni-bielefeld.de/ikg/daten/JuPe_Bericht_April2017.pdf

Die Perspektive derjenigen, die von Abwertung und Ausgrenzung unmittelbar betroffen sind, unterscheidet sich in der Regel von der Perspektive der Mehrheitsgesellschaft, die mit solchen Erfahrungen nicht konfrontiert wird. Denjenigen, die antisemitische Bedrohungen befürchten und ihre Sorge vor einem erneuten Anstieg von Antisemitismus bis hin zu körperlichen Angriffen artikulieren, schlägt nicht selten Unverständnis entgegen. Mehr oder weniger offen im Raum steht der Vorwurf, die Situation übertrieben darzustellen, überempfindlich oder alarmistisch zu sein. Bei der Auseinandersetzung mit Antisemitismus sind die Schicksale, Erinnerungen und Erfahrungen der Jüdinnen und Juden in Deutschland eng mit den Perspektiven der nichtjüdischen, alteingesessenen deutschen Mehrheitsangehörigen verknüpft, deren Vorfahren auf die eine oder andere Weise, direkt oder indirekt an der nationalsozialistischen Verfolgung und Ermordung der Juden beteiligt waren und ihre Erlebnisse an die Nachkommen weitergegeben haben. Die Frage, wie Jüdinnen und Juden heute in Deutschland Antisemitismus erleben, berührt also immer auch Fragen der familialen und kollektiven Identität der deutschen Mehrheitsgesellschaft und fordert zur Selbstreflexion der eigenen Familiengeschichte heraus.

3 Der 7. Oktober 2023

Ein beträchtlicher Teil der jüdischen Bevölkerung ist in Deutschland durch die aktuellen Formen des Antisemitismus verunsichert. Negative bis feindliche Haltungen gegenüber Israel werden nicht nur in den klassischen Medien, sondern verstärkt auch in sozialen Netzwerken und politischen Bewegungen und Parteien sehr genau wahrgenommen bzw. registriert. Der Fluss der politischen Prozesse verlangt eine genaue Beobachtung und Analyse der Ereignisse und Tendenzen. Geschichte wiederholt sich nicht einfach, aber sie ist auch nicht frei von Kontinuitäten und Widersprüchen, die von den Individuen – abhängig von den eigenen Erfahrungen, Traumata oder tradierten Ängsten – unterschiedlich verarbeitet werden.

Nachdem die Terrororganisation Hamas am 7. Oktober 2023 zahlreiche Kibbuzim und Ortschaften am Gazastreifen überfallen und über zwölfhundert Juden und Jüdinnen ermordet und Hunderte Israelis entführt hat, vollzog sich innerhalb der israelischen Gesellschaft, die sich zu großen Teilen aus Überlebenden der Shoah oder deren Nachkommen zusammensetzt, ein Prozess der Re-traumatisierung. Konnotierte die jüdische Gemeinschaft Bilder von verbrannten, zerstückelten oder vergewaltigten Juden und Jüdinnen mit der Shoah, so wiederholte sich mit dem Massaker der Hamas die traumatische Erfahrung aus der Zeit des Nationalsozialismus, dass Juden und Jüdinnen alleine deshalb vernichtet werden, weil sie Juden oder Jüdinnen sind. Dieses Gefühl der Ohnmacht, Wut und Hilflosigkeit findet seine Resonanz auch in der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland. Die Kälte, Empathielosigkeit und fehlende Anteilnahme gegenüber der von den Verbrechen der Hamas

betroffenen Bevölkerung im Süden Israels seitens weiter Teile der deutschen Öffentlichkeit führt in den jüdischen Gemeinden zu Reaktionen, die durch die Angst vor der Wiederkehr von Ausgrenzung und Vertreibung im Nationalsozialismus geprägt sind. Während die politische Klasse ihre Solidarität mit Israel häufig zum Ausdruck bringt, reagieren ideologisch gefestigte Gruppen, die immer schon wissen, wo der moralische Kompass zwischen »gut« und »böse« hindeutet, oft offen antiisraelisch und schließlich antisemitisch. Sie betrachten Israel als koloniales Gebilde im Nahen Osten und stellen Israels Existenzrecht in Frage. Gleiches gilt für radikale und islamistische Gruppierung innerhalb der in Deutschland lebenden muslimischen Gemeinden. Der Antisemitismus, der nunmehr zunehmend in Form einer harschen Kritik an dem israelischen Vorgehen im Gazastreifen festgemacht wird, ignoriert vollends die eliminatorische Intention der Hamas und ihrer Verbündeten und die unbedingte Notwendigkeit des Staates Israels, sich nicht nur zu verteidigen, sondern die terroristische Infrastruktur zu zerstören.

Das lange Schweigen der deutschen Kulturszene, das peinliche Wegschauen feministischer Aktivistinnen, der antisemitische Turn von Teilen der ökologischen Bewegung und schließlich die politische Einfältigkeit von Gruppen, die in Anbetracht der Komplexität des Nahostkonflikts nach einem identifikatorischen Handeln zugunsten der »wahren« Opfer – sprich: der Palästinenser aus sind, hat die politische Kultur in Deutschland zuletzt maßgeblich geprägt. Wenn die Täter-Opfer Umkehrung als Grundmuster der Wahrnehmung politischer Ereignisse Schule macht, dann könnte das Eis, auf dem Juden in Deutschland ihre Existenz und ihr Gefühl der Sicherheit aufbauen, rasch sehr dünn werden. In einem solchen Staat und in einer solchen Gesellschaft ist eine Zukunft für Juden und Jüdinnen kaum noch vorstellbar.